

Die Abschotter

Von Bundesrätin Amherd bis NZZ-Chef Gujer:
Ein neues Blockdenken macht sich breit.

Philipp Gut

Zu ergründen ist hier ein Zeitphänomen, das die Schweiz und das europäische Umfeld mit festem Griff erfasst hat: Es macht sich, so der zu belegende Eindruck, ein neues Blockdenken breit. Das Ende des Kalten Krieges, das um die Wendejahre 1989/91 besungene Ende der Geschichte ist längst selbst historisch geworden. Der Aufbruch ins Freie scheint abgeblasen, die Visiere werden heruntergelassen, die Reihen geschlossen. Das Phänomen zeigt sich an allen Fronten: militärisch in der Konfrontation von Nato und Russland, ökonomisch in Sanktionen oder im Wirtschaftskrieg zwischen der EU und den USA mit China, mit neuen und alten Zöllen in der Automobilindustrie, in der Landwirtschaft, innenpolitisch mit Informationssperren, Zensur, Cancel-Culture, «Brandmauern».

Tricky ist dabei: Diese Kreise verstehen und geben sich als tolerant und weltoffen, doch sie riegeln Europa und die Schweiz gegen alles ab, was ausserhalb von EU und Nato liegt. Sie wettern gegen «Isolationisten», gegen «Réduit- und Bunkermentalität», doch sie wollen partout auf eine Mini-Welt von dreissig Staaten in einem Winkel der Erde hinaus und vergessen dabei den Rest. Der ironische Verdacht regt sich, dass wir die wirklichen Verhältnisse darum möglicherweise präziser treffen, wenn wir den Spiess umkehren: Könnte es sein, dass die wahren Abschotter am Ende jene sind, die mit diesem Kampfbegriff seit Jahr und Tag Politik machen? Könnte es sein, dass ihre Ideen, ihre Perspektiven eher in die Enge führen als ins Weltweite?



Eric Gujer — Ein Herold der wiederentdeckten Lager- und Rudelbildung ist NZZ-Chefredaktor Eric Gujer, dessen Blatt sich im Zuge des Ukraine-Kriegs zu einem Sprachrohr der Schweizer Nato-Annäherung gemausert hat. Gujer ist vor allem auch deshalb interessant, weil er die Ab-

Gujer rät dazu, Unabhängigkeit, Souveränität, Neutralität in ihrer «orthodoxen» Art fahrenzulassen.

schottungstendenzen nicht einfach unbewusst mitvollzieht, sondern sie sich dazu bekennd zur Sprache bringt. Gujer will Block sein, Gujer blockiert sich selbst mit Absicht.

Er schreibt: «Heute stehen wir wieder an einer Wegscheide wie 1989. Diesmal läuft der Film der Geschichte rückwärts. Es entstehen neue Machtblöcke. Der Ukraine-Krieg hat den Europäern ihre Verletzlichkeit schmerzhaft bewusstmacht. Sie scharen sich wieder um die USA. Die Nato, vor kurzem noch als «hirntot» verschrien, ist vitaler denn je. Zugleich schliesst die EU ihre Reihen und unterscheidet stärker als früher zwischen drinnen im Klub und draussen. In Brüssel herrscht inzwischen Lagerdenken.»

Die Folgerung des Leitartiklers ist nun aber nicht etwa, dass die Schweiz sich aus dieser Lagerbildung befreien solle, ganz im Gegenteil: Gujer rät dazu, Unabhängigkeit, Souveränität, Neutralität in ihrer «orthodoxen» Art fahrenzulassen und sich einzureihen. «Merke: Entweder man schliesst sich einem Block an, oder man wird von anderen in ein Lager einsortiert. Daran zeigt sich zweierlei. Erstens: Die Neutralität ist ein rein europäisches Konstrukt. In einer globalisierten Welt verliert sie an Bedeutung. Zweitens: Wenn es zu einer Renaissance der Machtblöcke kommt, tut die Schweiz gut daran, sich wie vor 1989 an die Bündnissysteme Nato und EU anzulehnen.» Deutlicher, anchlussnehrlicher kann man das nicht formulieren.

Viola Amherd — Wenn der Krieg der Vater aller Dinge ist, wie Heraklit von Ephesos sagte, dann ist Viola Amherd zurzeit zumindest so etwas



Amherd, Gujer, Gentinetta, Mäder, Binder-

wie die Landesmutter aller Bemühungen, angesichts der verbreiteten Unsicherheit und der wiedererwachten bellizistischen Triebe bis ins linke Lager hinein die Gunst der Stunde zu nutzen und die Eidgenossenschaft unter den schützenden Rock von Nato und EU zu treiben. «Annäherung», «Kooperation» heissen ihre Leitbegriffe, die sie nicht nur selbst unablässig herausstreicht, sondern die sie von ihren Beamten und eigens eingesetzten Kommissionen in verschiedenen Berichten pushen lässt. «Angesichts des Kriegs in der Ukraine liegt es im Interesse der Schweiz, ihre Sicherheits- und Verteidigungspolitik konsequenter als bislang auf Kooperation mit Partnern auszurichten», heisst es in einem Zusatzbericht des Bundesrates zur Schweizer Sicherheitspolitik 2022, der wiederum unter dem programmatischen Titel «Sicher-



Keller, Burkart, (v. o. l. im Uhrzeigersinn).

heit und Kooperation» steht. Es war der Startschuss zu einer Doktrin des Gleichschritts.

Denn diese Kooperation, diese Zusammenarbeit sieht Amherd nur innerhalb des Nato-Bündnisses und der EU-Militärstrukturen. Dafür ist sie bereit, die historisch erfolgreiche Position des neutralen Kleinstaats jenseits der Fronten aufzugeben. Vom «au-dessus de la mêlée», von einem souverän überblickenden, eigenständig urteilenden und handelnden, freilich nicht teilnahmslosen Standpunkt über dem Gemetzel, wie es der französische Schriftsteller und Pazifist Romain Rolland im Ersten Weltkrieg nannte, ist das so weit entfernt wie Amherds Heimatort Brig-Glis vom Mond.

Markus Mäder — Um ihre Annäherungsabsichten operativ und strategisch umzu-

setzen, hat Amherd ein neues Staatssekretariat für Sicherheitspolitik (Sepos) geschaffen, an dessen Spitze nun – nach der Ausbootung unter anderem des Nato-kritischen Neutralitätsverfechters Jean-Daniel Ruch – mit Brigadier Markus Mäder ein treuer Diener ihres Kurses steht. «Schweiz muss mit Nato zusammenarbeiten», bringt das Schweizer Radio und Fernsehen Mäders Amherd-Echo auf den Punkt. «Kooperation ist wesentlich für unsere Sicherheit», sagt er. «Für die Zusammenarbeit mit unseren Nato-Nachbarstaaten muss man noch mehr Verständnis schaffen.»

Auch Mäders Stellvertreterin Pälvi Pulli, zuvor Chefin Sicherheitspolitik im Verteidigungsdepartement, bläst seit Jahren vor und hinter den Kulissen ins selbe Horn. Woher der Wind bei ihr weht, machte die Finnin in Diensten der Eidgenossenschaft an einem schlagzeilenträchtigen Treffen europäischer Diplomaten am 30. März 2023 in der Botschaft der Tschechischen Republik in Bern deutlich: Sie erklärte dort, «dass die Schweiz am milliarden-schweren Munitionsbeschaffungsprogramm der Europäischen Union teilnehmen könne» (NZZ). Amherds Leute – vom Sepos bis zur Ruag, wo sie ebenfalls eine ihr ergebene Klientel platzieren liess – müssen sogar immer wieder zurückgepfiffen werden, weil sie selbst gegenüber ihren Chefs vorpreschen in ihrem kaum zu bremsenden Drang, Waffen (Panzer) und Munition in Kriegsgebiete zu verschieben.

Katja Gentinetta — Zu den Vordenkerinnen dieser nach Brüssel (Nato-Hauptquartier, EU-Kommission) orientierten Einbindungstruppe gehört die Philosophin Katja Gentinetta, die den kürzlich publizierten «Bericht der Studienkommission Sicherheitspolitik» verfasst hat, dessen Inhalt die in dieser Frage durchaus kongruente NZZ mit «mehr Nato» beschreibt. Gentinetta weiss, was die Brüsseler Bündnisstrategen verlangen: «Zentral aus Sicht der Nato ist, dass die Schweiz keine Sicherheits-lücke darstellt» (dafür wurde ja das Konzept einer «bewaffneten Neutralität» geschaffen). Sowohl die Nato wie auch Brüssel hätten «klare Erwartungen» an die Schweiz: «Das Wiederausfuhrverbot wird nicht verstanden und eigentlich auch nicht mehr akzeptiert.»

Hoppla. Fremde Mächte bestimmen demnach über Schweizer Gesetze, fremde Mächte bestimmen über die Schweizer Neutralität. Gentinetta hält diesen Einmischungsversuchen nicht nur nichts entgegen, sie übernimmt sie tel quel als Handlungsanweisung für die schweizerische Politik: «Jede Kooperation ist ein Geben und Nehmen. Ohne Kooperation keine Verteidigungsfähigkeit, ohne Verteidigungsfähigkeit keine Kooperation.» Dass sich die Schweiz, wie sie es jahrhundertlang gemacht hat, selbst verteidigen können will und muss, wenn es darauf ankommt, ist in diesen philo-

sophischen Phrasen nicht einmal mehr eine Option.

Überraschend ist das nicht, wenn man sich an frühere Aussagen Gentinettas erinnert. In einer Studie von Avenir Suisse, an der sie mit-schrieb, propagierte sie bereits 2010 als Alternative zum bilateralen Weg einen EU-Beitritt. Willkommen im Klub, willkommen am Lagerfeuer Brüssels.

Thierry Burkart — Zu Amherds Schäfchen zählt auch FDP-Präsident Thierry Burkart, auch er war Mitglied ihrer Nato-EU-Studienkommission. Dafür qualifizierte er sich mit einer vorausgenommenen Schlussfolgerung im Sinne des späteren Berichts. «Thierry Burkart fordert die Neuausrichtung der Sicherheitspolitik. Er erklärt, warum es eine Annäherung an die Nato braucht», konnte man schon im April 2022 lesen.

Der Ukraine-Krieg ist für Burkart eine «Zeitenwende», die das Bewährte auf den Kopf stellt. Eine «autonome Verteidigung» sei «un-

Der Ukraine-Krieg ist für Burkart eine «Zeitenwende», die das Bewährte auf den Kopf stellt.

realistisch», auch könnten wir sie uns gar nicht leisten. Ergo müssten wir uns «sinnvollerweise im Verbund mit anderen Staaten verteidigen», und diese anderen Staaten können für den Aargauer FDP-Ständerat nur die Nato-Staaten sein.

Marianne Binder-Keller — Burkarts Mit-Kollegin, die Aargauer Ständerätin Marianne Binder-Keller, sagt: «Die Weiterentwicklung des bilateralen Weges und die Offenheit gegenüber der EU sehe ich als politische Verpflichtung.» Wir dürften uns «keinen Ausschluss leisten, beispielsweise aus Forschungsabkommen oder beim Zugang zum Strommarkt». Also alles erfüllen, was Brüssel verlangt. «Im Zusammenhang mit dem neuen Krieg in Europa» sieht Binder-Keller «die Schweiz als Teil der westlichen Sicherheitsarchitektur». Es gelte, sich durch militärische Engagements mit Partnern zu vernetzen, auf die die Schweiz angewiesen sei. «Bunkerneutralität macht die Schweiz wehrlos.» Im Gleichklang mit FDP-Burkart sagt Mitte-Binder: Die Schweiz sei «schlicht zu klein, sich selbst zu verteidigen», auch fehle ihr dazu das Budget. Nur für alles andere haben wir genug.

Der Tenor lautet also: Einbindung in die Einheitsfront, die Schweiz soll so vehement, so unbedingt wie nie Teil eines machtpolitisch definierten Blocks, eines militärisch-industriellen Komplexes werden, ein Fusssoldat globaler Auseinandersetzungen. Wir gegen den Rest der Welt. Einfalt statt Vielfalt. Homogenität statt Flexibilität. Verengter Brüssel-Blick statt Offenheit in alle Richtungen.